

bunter.nachrichten.dienst

Unerhörte Nachrichten aus Giessen +++ Kostenlos +++ 1.10.2004

Zum Mitnehmen!

Nachrichten

++ SPD bietet 1-Euro-Jobs?! ++ Wie aus der Gießener Presse zu entnehmen war, wurde in der letzten Woche ein "Desinformations"-Flugblatt (auch Fake genannt) an Haushalte rund um das Arbeitsamt verteilt. In dem Schreiben mit dem Briefkopf der SPD wurden 1-Euro-Jobs in Form von Arbeitsamts-Überwachungsschichten angeboten. In diesen Zeiten sicher ein notwendiges Unterfangen, um Menschen davon abzuhalten, ihren Zorn über den von der SPD-Regierung eingebrachten Sozialabbau an bestimmten Gebäuden auszulassen. Die SPD dementierte dies aber entrüstet: "Wir finden es ungehörig, wenn jemand auf Kosten von Menschen in Not-situationen Witze zu machen versucht."

Das findet die Redaktion auch, und wundert sich darüber, dass sich ausgerechnet die Ortsgruppe der SPD als Schutzpatron sozial ausgegrenzter Bürger aufspielt. Übrigens sucht die Redaktion zwecks Archivierung immer noch nach diesem Flugblatt. Wer kann helfen?

Inzwischen haben sich auch die Grünen zu diesem Thema zu Wort gemeldet, und zwar per Flugblatt in der Region, wo vorher das "Fake" verteilt wurde (schnelle Reaktion).

Sie lehnen die Bewachung des Arbeitsamtes durch ungeschulte Freiwillige ab und fordern gemäß ihrem Parteiprogramm eine Verstärkung der Sicherheitsapparate. Da weiß mensch gar nicht, was schlimmer ist: Überwachung für einen Hungerlohn oder ausgebildete Schießhunde?

++ Anzeige wg. Montagsdemo ++ Die Gießener Montagsdemonstrationen richten sich nicht nur gegen die Sozialkahl-schlagpolitik, sondern auch gegen die sog. Demogebühr. Als Reaktion darauf erhielt Jörg Bergstedt jetzt für die erste Gießener Montagsdemo als einziger von inzwischen mind. 150 TeilnehmerInnen eine Anzeige. Natürlich gibt es kein Recht auf Gleichberechtigung, wenn es um Strafanzeigen gibt, aber die Selektion des Ordnungs-

amtes erstaunt mal wieder. Andere Teilnehmer verkündeten, sie wollten sich selbst anzeigen, wenn die Stadt dies nicht schleunigst selbst tue. Andererseits dürfte eine Verurteilung ohnehin schwerfallen, da ein sozialrassistischer Text in der Gießener Allgemeinen damals Anlass für eine Spontandemo war, die nicht anmeldepflichtig ist.

++ Rechtsstaat in Aktion ++ Die Gießener Gerichte ließen sich dieser Tage nicht lumpen und hatten gleich drei Prozesse innerhalb einer Woche bei der gleichen Richterin gegen Personen angesetzt, die im letzten Jahr bei Protesten gegen die Law-and-Order-Politik beteiligt waren.

+ Ladefrist nicht eingehalten +

Zwei der Verfahren waren sogar am gleichen Tag (15.9.) angesetzt, wovon allerdings eines gecancelt werden musste, weil die Ladung an eine falsche Adresse und somit nicht fristgerecht einging.

Vorwurf waren angebliche Verstöße gegen Auflagen sowohl beim Gießener Utopie-Camp 2003 als auch bei der "Inspektion der Licher Bereitschaftspolizei" (BePo) nach der gewaltsamen Räumung des anti-rassistischen Grenzcamps in Köln. Die Angeklagte behält sich vor, einen neuen Verhandlungstermin ansetzen zu lassen.

++ "Gemeinschaftliche" Beleidigung ++

Die ebenfalls an diesem Tag angesetzte Verhandlung, die auch tatsächlich stattfand, handelte von einer angeblichen Beleidigung gegen einen Polizeibeamten bei besagter Lich-Demo. Die DemonstrantInnen marschierten damals vor die Kaserne der Licher Bereitschaftspolizei, um gegen das brutale Vorgehen der Polizei bei der Auflösung des anti-rassistischen Grenzcamps in Köln zu demonstrieren. Auf dem Vorplatz der BePos angekommen, malten die TeilnehmerInnen ihre Wut mit Kreidesprüchen auf die Straße, so auch die An-geklagte. Ein Beamter aus Grünberg (also nicht einmal Mitglied der BePo) fühlte sich durch ihr "Fuck the Police" beleidigt, und wollte seine Anzeige auch nach zweimaliger Nach-

frage des skeptischen Gerichts auf keinen Fall zurücknehmen.

Obwohl die Angeklagte anhand vieler Quellen darlegte, dass "Fuck the Police" 1. ein englischer Ausspruch, also prinzipiell nicht auf deutsche PolizistInnen gemünzt, 2. ein inzwischen in Literatur und Musik gebräuchlicher Slogan und 3. auf keine/n spezielle/n Beamten/in gerichtet gewesen sei, wurde sie wegen Beleidigung zu 200 Euro Strafe verurteilt. Und zwar wegen gemeinschaftlicher Tat. Obwohl diese während der Verhandlung nie angesprochen wurde, zauberte Richterin Kaufmann diese Erkenntnis in der Urteilsverkündung quasi aus dem Talar.

Begündung: Die zu ähnlicher Zeit geschriebenen Sprüche, die "Schmeißt die Bullen in die Lahn" u.ä. lauteten, müssten in Verbindung mit dem "Fuck the Police"-Spruch gesehen werden, und deshalb sei er als persönlich aufzufassen.

Perfides Detail: Außer der Angeklagten, hat keine/r der Beteiligten eine Anzeige bekommen, obwohl andere Sprüche offensichtlich eher zu einer persönlichen Beleidigung getaugt hätten. Die Angeklagte ist jedoch schon einmal wegen Beleidigung vorbestraft, deshalb würde hier die Strafe höher ausfallen als bei Nicht-Vorbestrafung. Zufall..?

Die Angeklagte trägt sich mit dem Gedanken an eine Revision wegen offensichtlicher Verfahrensfehler.

++ ACAB-Anklage eingestellt ++ Der dritte Prozess dieser Tage endete am 20.9. schon nach wenigen Minuten. Weil der jugendliche Angeklagte versprach, nie wieder ein ACAB-Schild bei einer Demo in die Hand zu nehmen, meinte die Richterin der pädagogische Zweck des Verfahrens sei damit schon erreicht und stellte ein. (In der links-autonomen Szene steht ACAB für den Bandnamen "All Colors are Beautiful", PolizistInnen wollen darunter allerdings "All cops are bastards" verstehen. Der Tatbestand der Beleidigung wurde kürzlich von einem Frankfurter Gericht verneint.)

++ Aufruf ++ Über die Übermittlung weiterer solcher hanebüchenen Rechtsfälle freut sich die Projektwerkstatt (Adresse s.

Serie Gerichtspraxis:

Warum *Gericht* nichts mit *gerecht* zu tun hat...

In dieser Serie sollen verschiedene Einzelheiten aufgezeigt werden, die einen logisch denkenden Menschen die Stirn runzeln lassen. Evtl. mögen sie bei der einen oder dem anderen sogar die Vermutung nahelegen, das juristische System sei mit Absicht nur unter großen Schwierigkeiten und mit einem vollen Geldbeutel zugänglich...

Z.B. die Tatsache, dass Mensch Akten, die über seinen/ihren Fall bei Gericht vorliegen, nur über die Bestellung eines Anwalts zu Gesicht bekommt. Diese Vorschrift findet sich noch nicht einmal in den Gesetzbüchern. § 147 StGB regelt die Befugnisse eines Anwalts. Wer wissen will, *warum* er/sie/es einen solchen benötigt, muss erst einmal die dazu verfassten Kommentare lesen – reine Auslegungssache, also. "Zur Sicherheit der gerichtsrelevanten Informationen", sagt der Kommentar. "Entmündigung und Geldmacherei", sagt die Redaktion. "Es gibt andere Mittel und Wege,

die Informationen zu schützen, ohne eine/n bezahlten Dritten hinzuziehen zu müssen."

Auch die im Juli dieses Jahres erlassene Verordnung, dass Verfahrenskosten *im Voraus* bezahlt werden müssen, statt wie bisher *nach* der Entscheidung von der unterlegenen Seite getragen zu werden, schließt für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen den Gang zum Gericht schon aus.

Die Möglichkeit, bei Gericht Prozesskostenhilfe zu beantragen, steht zwar jeder/m frei. Allerdings wird die Entscheidung darüber u.a. davon abhängig gemacht, ob ein Verfahren *Aussicht auf Erfolg* hätte. D.h. das Gericht urteilt schon im Vorhinein darüber, wie das Verfahren wohl ausgehen wird, ohne Zeugen und Beweisaufnahmen gesehen zu haben, und erteilt oder verweigert darnach seine Unterstützung...

Treffpunkte) und KoBRA (Kooperation und Beratung zu Repressionsschutz und Anti-Repression) www.antirepression.de.vu

++ Staatsanwalt angezeigt ++ Eine Serie von Anzeigen aus der Projektwerkstatt gegen Politik, Presse und Polizei wurde vom Gießener Staatsanwalt Vaupel ohne weitere Untersuchungen eingestellt. Deshalb stellte Jörg Bergstedt jetzt bei der Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt Anzeige gegen StA Vaupel selbst: wegen Rechtsbeugung und Strafreitelung im Amt. Die Frankfurter gaben jedoch den Fall unglaublicherweise an die Staatsanwaltschaft Gießen zurück: Soll die jetzt gegen sich selbst ermitteln..?

++ "Demogebühr" gekippt?! ++ Im Verfahren um die "Demogebühr" gab es in Gießen kürzlich die erste Entscheidung. Der Anmelder einer rechtsextremistischen Demo in Marburg muss die Demogebühr von 200 Euro nicht zahlen, weil sie nicht verfassungskonform sei und er sich kooperativ gegenüber den Behörden verhalten habe. Dieses Kriterium nannte auch schon Innenminister Bouffier als ausschlaggebend für die Verhängung einer Gebühr. Ob der schwammige Begriff der Kooperativität allerdings als allgemeingültiges Ausschlusskriterium gelten kann, ist fraglich. Außerdem gibt es schon jetzt ganz unterschiedliche Handhabungen der Gebührenverordnung: In Marburg z.B. kostet nach einem Deal mit der Stadt jede Montagsdemo 15,- Euro, obwohl die Zusammenarbeit ganz offensichtlich gegeben ist. Mensch darf nun gespannt sein, wie das Gießener Verwaltungsgericht mit den Klagen zweier Demo-AnmelderInnen aus der Projektwerkstatt umgeht...

++ attac und die Montagsdemos ++ Wie erstaunte attacis vor einigen Tagen aus dem Rundfunk entnehmen durften, hatte „die Organisation“ alle weiteren Montagsdemos abgesagt. Weil „der Funke aus Ost-Deutschland nicht übergesprungen“ sei, und die TeilnehmerInnen-Zahlen überall immer weiter abnähmen, wolle man nicht weiter zu Demonstrationen aufrufen.

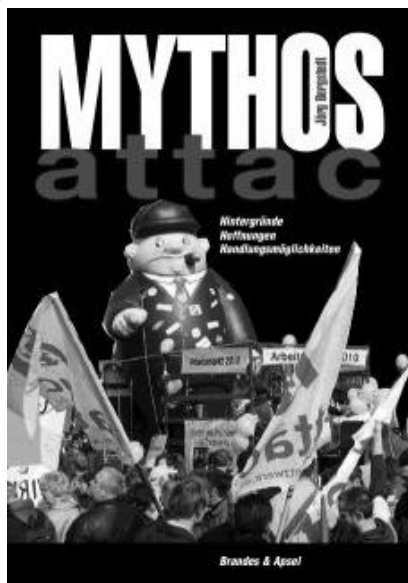
Der Pressesprecher von attac dementierte diese Nachricht anderntags. Es sei zwar die Dynamik raus, aber attac wolle kein öffentliches Signal gegen die Anti-Hartz-Demos setzen. In der FR war zu lesen, dass attac nun zu anderen, regionalen Aktionsformen übergehe, in der Hoffnung, dass mit dem Fälligerwerden des ersten ALG 2 im Januar die Wut wieder aufkoche...

Soweit so gut; gerade noch einmal die Ehre der Demonstrationen gerettet. Für die aufmerksamen LeserInnen tun sich hier allerdings mehrere Fragen auf: 1. Wer lancierte die Nachricht, dass attac ansteigen würde? Doch attac-Interne selbst oder jemand, der/die/das attac und/oder den Montagsdemos schaden wollte? 2.

Selbst wenn die Mitteilung nicht aus attac-Kreisen kam, wie kommen attac-Menschen (natürlich aus der Führungsriege) überhaupt dazu, für die Menschen zu verlautbaren, ob sie weiterhin auf die Straße gehen oder sonstige Aktionen wollen? Natürlich sind Aktionen eine sinnvolle Sache (manche/r meint sogar, sinnvoller als Latsch-Demos), aber wer hat darüber entschieden?

Wieder einmal hat der attac-KO-Kreis, der Pressesprecher oder sonst jemand, der sich in der attac-Führung dazu berufen fühlte, über die Köpfe der attac-Basis eine Entscheidung getroffen. Niemand wurde vorher gefragt, es gab nicht einmal eine Ankündigung, die Montagsdemos zu thematisieren, und es gab kein Entscheidungsgremium, in dem sich Menschen dazu hätten äußern können. Ist das die Basisdemokratie, die attac von allen anderen Organisationen unterscheiden soll? Der Vorgang ist traurig genug, noch erstaunlicher ist allerdings, dass sich niemand aus attac-Reihen dagegen zu wehren scheint. Hat es niemand bemerkt, ist solches Verhalten schon Alltag und wird toleriert oder werden hier tatsächlich Menschen gesteuert, ohne dass es ihnen bewusst ist?

Das ist auch das Thema des ersten attac-kritischen Buches mit dem Titel „Mythos



Das erste kritische Buch zum „Mythos Attac - Hintergründe, Hoffnungen, Handlungsmöglichkeiten.“ A5, 192 S., 14,90 Euro. www.aktionsversand.de.vu

Attac“, in dem die Strategien von Dominanz und politischer Kanalisierung durch solche Gruppen präzise aufgezeigt werden. Mehr unter www.attac-online.de.vu sowie im Bestellbereich www.aktionsversand.de.vu.

++ Gesucht ++ Für die offenen Projekt Räume in der Projektwerkstatt in Saasen werden gesucht: Aluleiter ausziehbar (ca. 2x 4-5m), Digitalkamera, Videobeamer, Isoliermaterial für Dach und Wände, große Mauersteine, leere CDs zum Brennen, Tandem, Fahrrad-Hängerkupplung, E-Gitarre und Tonabnehmer für Gitarre. Wer sowas als Sachspende hat, sollte sich melden. Spendenbescheinigung ist möglich.

Außerdem gesucht: Jemand, der schweißen kann und mit den ProjektwerkstättlerInnen zusammen einen Fahrradanhänger mit Solaranlage und Soundsystem baut. www.projektwerkstatt.de/saasen.

Termine

www.projektwerkstatt.de/termine
www.ak44.de.vu

Montag, 11.10. 10-16 Uhr: politisch-kritischer Empfang für Erst-SemesterInnen, Uni-Hauptgebäude, Ludwigstr. 23
Donnerstag, 21.10., 20 Uhr: Inforeveranstaltung zur AntiFa-Demo am 30.10. in FfM; außerdem Infos zum vom neofaschistischen ABM geplanten „Tag der Nationalen Jugend“ am 23.10. (Infoladen) www.autonome-antifa.com

Ständige Termine

Montag ab 18 Uhr: bis auf weiteres Anti-Hartz-Treffen auf dem Kirchplatz (Aktuelles s. Webadresse unten)

Dienstag ab 19 Uhr (jeden 1., 3. und 5. Di im Monat: Infoladen-Plenum.

ab 20 Uhr, Infoladen: VoKü (leckerer Essen für wenig Geld, vegan!)

Mittwoch (jeden 2.+4. im Monat) 20 Uhr, Infoladen: Bildungssyndikat – Anarchosyndikalistisches Café für alle, die auf der Suche nach Bildungsalternativen sind (www.fau.org)

Mittwoch (jeden 1., 3., eventl. 5. Mi. im Monat) 19 Uhr, Infoladen: Chaos Computer Club ... lockerer, offener Treff von Technik-/Computerinteressierten aus dem Umfeld des Chaos Computer Clubs im Raum Marburg-Gießen-Wetzlar.

Donnerstag 20 Uhr, ALI-Café, (Asterweg 17, DGB-Hinterhaus) attac Gießen, ab 21 Uhr: AntiFa-Café im Infoladen (Café im Zeichen des Antifaschismus)

Sonntag ab 21 Uhr, Infoladen: Sunday SoundSafari (Chill-Out-Abend mit Hip Hop, Ska, Electro und Reggae DJ's)

Umsonstladen: Mo 15-17 Uhr, Di ab 20 Uhr, Mi 12-14 Uhr, So ab 21 Uhr

Treffpunkte

Infoladen + AK44: Wetzlarer Weg 44, 35390 Giessen, www.ak44.de.vu.

Umsonstladen: Im Infoladen

Projektwerkstatt mit KABRACK!-Bibliothekarchiv, politischen Werkstätten, Umwelt- und Seminarhaus usw.: Jederzeit n.V. in der Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5, www.projektwerkstatt.de/saasen.

Kontakt

bunter.nachrichten.dienst

Hrsg. Student. humanist. Union
Red.: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5
redaktion-abriss@web.de
Per Mail??? Wer den b.n.d. immer als Mail haben will, sollte einfach eine kurze Nachricht an die Redaktion schicken.

www.bunter.nachrichten.dienst.de.vu

www.kroeten-wanderung.de.vu

Die Gießener Internetseite zum Protest gegen Sozialabbau, Hartz IV & Co.